

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung. Er hat sich mit der Geschichte der Gewerkschaften in der alten Bundesrepublik ebenso wie in der ehemaligen DDR beschäftigt. Er hat zusammen mit dem Kollegen Wilke vor wenigen Monaten einen Dokumentenband über „Das Genossen-Kartell – die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien“ veröffentlicht, hat über den FDGB gearbeitet und insbesondere im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Schürer-Dokuments vom Herbst 1989, eines Dokuments, das über die wirtschaftliche Situation der ehemaligen DDR, wie sie im Herbst 1989 nun tatsächlich war, Auskunft gibt, auch noch zusätzliche Dokumente veröffentlicht. Gerade dieses Dokument wird uns ja im Zusammenhang mit dem Thema „Wirtschaft“ noch intensiv beschäftigen.

Herr Hertle, Sie haben das Wort.

**Hans-Hermann Hertle:** Herr Vorsitzender, ich bedanke mich für die Vor- schußlorbeeren.

Nach den Beiträgen meiner Vorredner erkenne ich allmählich die geschickte Regie der Enquete-Kommission. Ich hatte schon Bedenken, daß ich als Dritter, als der ich hier spreche, dadurch Aufmerksamkeit erringen muß, daß ich besonders scharf pointiere; das habe ich auch vor. Aber die Aufmerksamkeit ist mir jetzt vielleicht auch noch dadurch sicher, daß ich in bezug auf den FDGB zumindest zu der gegenteiligen These kommen werde im Vergleich zu meinen Vorrednern.

Herr Eppelmann hat in seiner Einleitung darauf hingewiesen, daß in der Öffentlichkeit die Bürger in der DDR Blockparteien und Massenorganisationen überwiegend als Transmissionsriemen wahrgenommen haben. Hier scheint mir, wiederum bezogen auf den FDGB, der Fall vorzuliegen, daß die Forschung diese Alltagswahrnehmung nicht nur bestätigt, sondern durch die Möglichkeit der Akteneinsicht, die ich jetzt hatte, sogar noch vertieft.

Die These, die Sie dieser Einleitung schon entnehmen können, ist, daß der FDGB zumindest in dieser Hinsicht, was Gefolgschaftstreue und Transmissionsfunktion angeht, seinen Plan übererfüllt hat.

Zur Absicherung ihres Herrschaftssystems und bei der Durchsetzung ihrer Politik stützte sich die SED neben den Blockparteien auf ein Netz von Massenorganisationen – ich möchte sie jetzt nicht alle aufzählen –, die alle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft entlang ihrer sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen, sportlichen und anderen Interessen organisierten bzw. organisieren sollten.

Das weitverzweigte Kapillarenetz der Massenorganisationen in die Tiefen und Verästelungen der Gesellschaft machte sie für die SED als Transmissions- und Kontrollorgan und für das MfS als Informationsbeschaffungs- und Beeinflussungsinstrumente besonders attraktiv. Jede durch sie erhaltene Information

mußte nicht mit eigenen Mitteln erarbeitet oder – wie im Falle des MfS – konspirativ erspäht werden.

Politische Ideologie- und Verhaltenskontrolle in ihren vielfältigen Formen und im organisierten Zusammenspiel zwischen der SED, den Massenorganisationen und dem MfS war im SED-Herrschaftssystem – soziologisch ausgedrückt – das funktionale Äquivalent zur Intermediarität autonomer gesellschaftlicher Organisationen und politischer Institutionen in pluralistisch verfaßten westlichen Demokratien und eine wesentliche Bestandsbedingung der kommunistischen Diktatur.

Entgegen Tendenzen in der westdeutschen DDR-Forschung vor 1989, dem FDGB eine wachsende Bedeutung als eigenständiger Interessenorganisation im politischen System der DDR zuzuschreiben, möchte ich im folgenden die Thesen belegen und zur Diskussion stellen, daß der FDGB in seiner Hauptfunktion auf Transmission und Kontrolle ausgerichtet war und entsprechend von einer wie auch immer gearteten „Interessenorganisation“ in seinem Zusammenhang kaum die Rede sein kann.

Zunächst zur Steuerung des FDGB durch die SED. Der FDGB war mit 9,6 Millionen Mitgliedern nicht nur die größte Massenorganisation der SED, sondern mit seiner nahezu totalen Erfassung aller Beschäftigten zugleich die wichtigste. Auch die Nicht-Organisierten waren exakt erfaßt: Am 1. Januar 1989 waren des exakt 207 356 Beschäftigte, die nicht im FDGB organisiert waren.

Mit seiner Präsenz in allen Betrieben und Verwaltungen, mit 351 792 FDGB-Gruppen, 25 403 Abteilungsgewerkschaftsorganisationen, 47 477 Betriebsgewerkschaftsorganisationen, 1 698 Kreisvorständen der Fachabteilungen, 237 FDGB-Kreisvorständen, 211 Bezirksvorständen der Fachabteilungen und 15 FDGB-Bezirksvorständen verfügte der FDGB von den Betrieben bis in die Bezirke über den dichtesten, flächendeckendsten politischen Apparat der DDR, mit annähernd einer Milliarde Mark Einnahmen alleine aus Mitgliedsbeiträgen über den größten jährlichen Finanzetat und mit 16 250 hauptamtlichen Kadern (1987) über die meisten politischen Funktionäre aller Massenorganisationen.

Die Monopolstellung des FDGB war in der Verfassung der DDR (Artikel 44 Absatz 1) und im Arbeitsgesetzbuch rechtlich abgesichert. Die ihm in Artikel 44 Absatz 2 zugesprochene Unabhängigkeit – „Die Gewerkschaften sind unabhängig. Niemand darf sie in ihrer Tätigkeit einschränken oder behindern“ – nahm er in der Weise für sich in Anspruch, daß er sich Artikel 1 der Verfassung und dem SED-Parteistatut als Supra-Verfassung unterwarf. In seiner Satzung anerkannte er den Führungsanspruch der SED und bekannte sich zum Marxismus-Leninismus als ideologischer Grundlage seiner Arbeit.

Dieser Führungsanspruch der SED wurde im FDGB mit administrativ-zentralistischen Maßnahmen durchgesetzt:

FDGB-Kongresse fanden zeitlich stets unmittelbar nach den SED-Parteitagungen statt. Für die Wahl der Delegierten gab es Vorgaben des Bundesvorstandes für die Bezirksvorstände des FDGB und die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften/Gewerkschaften. Diese betrafen die parteipolitische, soziale und berufliche Zusammensetzung der Delegierten.

Das Politbüro setzte den FDGB-Vorsitzenden und seinen Stellvertreter vor der Wahl auf dem Kongreß faktisch im Politbüro ein. Das entsprechende Dokument ist vorhanden.

Die Zusammensetzung des Sekretariats, des Präsidiums und des Bundesvorstandes des FDGB wurde vor deren Wahl auf dem FDGB-Kongreß stets im ZK-Sekretariat „bestätigt“. Von den 240 Mitgliedern und Kandidaten gehörten 79,6 Prozent der SED und 0,4 Prozent der CDU an – das war einer; 20 Prozent waren parteilos.

In der politischen und administrativen Arbeit wurde der Führungsanspruch über die „Geschäftsordnung für den Apparat des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ durchgesetzt, in der die Beschlüsse und Dokumente der SED als vorrangige Grundlage der Tätigkeit der Abteilungen des Bundesvorstandes des FDGB festgeschrieben waren, und durch die ZK-Abteilung „Gewerkschaften und Sozialpolitik“ im ZK-Apparat überwacht. Das Sekretariat des FDGB tagte mittwochs, um so die Beschlüsse der vorangegangenen dienstäglichen Politbüro-Sitzungen für den FDGB „auswerten“ zu können. Sitzungen des FDGB-Bundesvorstandes – also dieses 240-Personen-Gremiums – gingen stets Sitzungen der SED-Parteigruppe dieses Gremiums voraus, auf denen die politische Linie „festgeklopft“ wurde.

Die „erfolgreiche Verwirklichung der Beschlüsse“ – wie es im SED-Jargon hieß – der jeweiligen SED-Parteitage in der täglichen Arbeit der FDGB-Funktionäre besorgte und überwachte die „Kreisleitung der SED der zentralen Organe der Gewerkschaften“, die neben der ZK-Abteilung eigens für die SED-Mitglieder in den Apparaten des FDGB-Bundesvorstandes und der in Berlin ansässigen Fachabteilungen gebildet worden war. Diese rund 1 500 Personen starke Kreisparteiorganisation untergliederte sich in 31 Grundorganisationen mit 11 Abteilungsparteiorganisationen und 69 Parteigruppen.

Aufgabe und Selbstverständnis des Sekretariats dieser SED-Kreisleitung umriß dessen 1. Sekretär in seinem Rechenschaftsbericht auf einer Kreisdelegiertenkonferenz 1981 folgendermaßen – die späteren Dokumente sind im SED-Archiv leider noch nicht zugänglich: „Das Anliegen der Führungstätigkeit der Kreisleitung und ihres Sekretariats bestand darin, in diesem Sinne“ – nämlich der Durchsetzung der Beschlüsse der Partei – „die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit als Herzstück der Parteilinie ständig zu erhöhen, die Funktionäre und Mitglieder unserer Kreisparteiorganisation für ihre Aufgaben ideologisch zu stählen und ihr revolutionäres Handeln stärker auszuprägen.“

Über die Kaderpolitik wurde die Dominanz der SED auf personeller Ebene gesichert. Die Vorsitzenden der Vorstände aller Ebenen waren gleichzeitig qua Amt kooptierte Mitglieder der SED-Parteileitung der gleichen Ebene. Dieses System setzte sich nach unten bis in die Betriebe fort: 98,2 Prozent der BGL-Vorsitzenden der Kombinate, 47,5 Prozent der BGL-Vorsitzenden und 56,4 Prozent der AGL-Vorsitzenden waren Mitglieder der SED und somit „gesetzte“ Mitglieder der Parteileitungen der jeweiligen Ebene. Dadurch waren alle diese Funktionäre Nomenklaturkader sowohl der SED als auch des FDGB, gewissermaßen Doppel-Nomenklaturkader. Über ihre Verwendung entschied immer die jeweilige Parteiebene mit. Die Mitglieder des Sekretariats und die Abteilungsleiter des Bundesvorstandes waren als oberste Führungsgarnitur des FDGB ausschließlich Nomenklaturkader des Zentralkomitees der SED.

Die Kaderfrage war zugleich als „Klassenfrage“ und „erstrangige politische Aufgabe“ – so hieß es im Kaderbeschluß des FDGB – nicht allein eine Angelegenheit von SED und FDGB, sondern auch des MfS. Die Einsetzung in leitende Funktionen beim FDGB setzte eine Sicherheitsüberprüfung, zuletzt nach der „Richtlinie Nr. 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen“, voraus, nach der es dem MfS im „engen politisch-operativen Zusammenwirken“ mit der betroffenen Organisation vorbehalten blieb zu prüfen – ich zitiere –, „ob die sozialistische Gesellschaft der betreffenden Person das für den vorgesehenen Einsatz bzw. für die zu erteilende Erlaubnis oder Genehmigung erforderliche Vertrauen entgegenbringen kann oder ob aus anderen sicherheitspolitischen Gründen zum Schutz der Person und zur Verhinderung anderer Gefahren eine ablehnende Entscheidung erforderlich ist.“

Das sicherheitspolitische Denken und Handeln der staatlichen Leiter und zuständigen Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen – so hieß es in der Richtlinie weiter – sei so zu beeinflussen, „daß sie die durch das MfS getroffenen Entscheidungen akzeptieren, sich mit diesen gegenüber den überprüften Personen identifizieren und sie als ihre eigenen Entscheidungen ausgeben“.

Die Rolle, die kaderpolitischen Beschlüsse des Sekretariats und Präsidiums auf der Grundlage von Vorarbeiten der Kaderabteilung vorzubereiten bzw. die vom MfS getroffenen Entscheidungen als ihre Kadervorschläge auszugeben, fiel der sechsköpfigen Kaderkommission des FDGB zu. Schriftliche Unterlagen dieser Kaderkommission sind im FDGB-Archiv bis auf eine Ausnahme nicht überliefert; die Kaderakten selbst wurden den Beschäftigten im Frühjahr 1990 – nach dem Vorbild des Modrow-Erlasses – ausgehändigt.

Zu den Haupttätigkeitsfeldern des FDGB: In seiner 1989 erschienenen Untersuchung über den FDGB unterschied Ulrich Gill fünf Haupttätigkeitsfelder des FDGB: Ideologievermittlung, also die „Schulen der sozialistischen Arbeit“; Arbeitsmobilisierung – der FDGB als „Motor des sozialistischen Wett-

bewerbs“ –; Bereitstellung sozialer Dienste; Kaderrekrutierung; betriebliche Mitwirkung in Form der Plandiskussion.

Die für die Mitglieder bedeutsamste Rolle spielte der FDGB sicher als vom SED-Staat beliebter Anbieter knapper Sozialstaatsleistungen, als Verwalter der Sozialversicherung und als sogenannter Haupterholungsträger der Werktätigen, womit den FDGB-Mitgliedern ein „staatlich gefördertes und subventioniertes Äquivalent für die ihnen vorenthaltene Reisefreiheit“ gewährt wurde, wie es ein FDGB-Funktionär nach der Wende formulierte.

Nach einer ersten Auswertung der Akten des FDGB-Bundesvorstandes müssen diesen Tätigkeitsfeldern jedoch zwei weitere wichtige Bereiche hinzugefügt werden:

Erstens die „Westarbeit“ des FDGB.

Dem FDGB kam in der Politik der SED ein hoher Stellenwert bei der zielgerichteten Beeinflussung der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik zu, in dessen Mittelpunkt der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften standen. Dieser Stellenwert wurde von der SED ideologisch und historisch begründet. Ideologisch war die „Einheitsgewerkschaft“ für die SED die umfassende „Klassenorganisation der Arbeiterklasse“ in der Bundesrepublik; in ihren Reihen sollte die „Aktionseinheit“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten artikuliert und durchgesetzt werden, und diesem Ziel war die „Westarbeit“ des FDGB verpflichtet. Er hatte dabei – das glaube ich zusammen mit Professor Wilke in unserer Veröffentlichung nachgewiesen zu haben – etwas mehr Erfolg als die Blockparteien.

Der zweite Punkt, der bei Gill fehlt, ist die Ideologiekontrolle als Funktion des FDGB. Mit seinem hochformalisierten und ausdifferenzierten Berichtswesen verfügte der FDGB über ein wichtiges Instrument zur Erhebung, Erfassung und Auswertung von Informationen über das politische Verhalten der Beschäftigten, die in der Regel an das Zentralkomitee der SED und das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet wurden.

Deshalb einige Anmerkungen zur Ideologiekontrolle. Das Informations- und Berichtswesen des FDGB – das waren „Berichte über Stimmung und Meinungen der Mitglieder“, „Informationen über besondere Vorkommnisse“ – beruhte auf Beschlüssen des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB und erfüllt im wesentlichen drei Funktionen: der SED-Führung, dem MfS und nicht zuletzt der FDGB-Spitze republikweite Informationen über die politischen Diskussionen der Beschäftigten in den Betrieben zu geben, zweitens mögliche „Fehlentwicklungen“ und politische Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu kanalisieren sowie – drittens – abweichende Meinungen und abweichendes Verhalten individualisiert auszuweisen, um sie mit selektiven Integrations- und/oder Repressionsmaßnahmen „bearbeiten“ zu können.

Die Bedeutung gerade dieses letzten Aspektes unterstreicht eine freie Rede

des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch auf einer internen SED-Veranstaltung im Januar 1979 – Sie erlauben mir, daß ich etwas länger daraus zitiere. Harry Tisch sagte: „Und weil es unsere Gewerkschaftsarbeit betrifft, Genossen: Ich will euch ein Beispiel aus Hoyerswerda im Bezirk Cottbus bringen. Da haben 12 Dachdecker das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft auf den Tisch und erklären ihren Austritt. Warum erklären sie ihren Austritt? – Weil sie mit der Urlaubsregelung ab 1. Januar 1979 nicht einverstanden sind; das ist ihnen zu wenig.

Warum sind sie nicht zufrieden? – Sie bringen das Argument: Weil die Reinemachefrauen jetzt genau so viel Urlaub bekommen wie sie; das sei ungerecht. Ich muß euch sagen, Genossen, das ist eine tolle Argumentation. Welche Klassensolidarität, Genossen? Und bei diesen zwölf Mann zwei Kommunisten, zwei Mitglieder unserer Partei! Also ich muß euch sagen, die müssen ein tolles kommunistisches Bewußtsein haben, diese zwei Mitglieder unserer Partei. Und ein bißchen nachgehakt bei unseren Funktionären, da sagt da einer: Na ja, das ist eine Kraftprobe von denen.

Genossen, so kann man nicht an ideologisch ernsthafte Fragen herangehen. Ich will nicht sagen, daß alle zwölf schlechte Menschen sind, aber für mich steht fest, ohne genau hinzugucken, Genossen, daß unter diesen zwölf ein Bandit sein muß (Heiterkeit), der diese Sache nur genutzt hat, um eine Gelegenheit zu finden, gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat anzustinken (Heiterkeit) und den muß man finden und da darf man nicht sagen, das ist eine Kraftprobe, sondern da muß man analysieren, da muß man hinein in das Kollektiv und muß sich auseinandersetzen; denn wir stehen, möchte ich sagen, in einer harten Klassenauseinandersetzung, und da muß man schärfer, gründlicher analysieren, wie die Lage hier und dort in jenem Kollektiv ist.

Und wer noch, wie diese Kollegen dort glauben, die Gewerkschaft gegen die Partei mobilisieren zu können, gegen den Staat unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, die sollten immer wissen, daß nicht wir, sondern sie daran scheitern werden.“

Die Lage in den Kollektiven gründlich und scharf zu analysieren, die „Banditen“ zu finden, die glaubten, die Gewerkschaft gegen die Partei mobilisieren zu können, und gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat „anstanken“, eine „harte Klassenauseinandersetzung“ mit ihnen zu führen und diese Kollegen zum Scheitern zu bringen, war Aufgabe der im Zuständigkeitsbereich des Sekretärs für Organisation, Kader und internationale Gewerkschaftsbeziehungen angesiedelten Abteilung Organisation, die mit einer Ausstattung von 32 Politischen Mitarbeitern zu den größten und wichtigsten Abteilung des operativen Apparates des FDGB-Bundesvorstandes zählte.

Die Abteilung Organisation organisierte, koordinierte und wertete die Informationstätigkeit des FDGB aus und stützte sich dabei auf regelmäßig abzuliefernde Informationsberichte aller Organisationsebenen. Der halbjährlich

von ihr erstellte Informationsplan differenzierte zwischen regelmäßiger, periodischer und fallweiser Informationserhebung über die Entwicklung der Leitungstätigkeit auf den verschiedenen Organisationsebenen – vom Betrieb über das Kombinat bis zu Kreis und Bezirk –, die Durchführung der Beschlüsse, die Entwicklung des Mitgliederlebens, die politische Stimmungs- und Meinungsentwicklung der Beschäftigten sowie sogenannte besondere Vorkommnisse. Der „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“ zufolge waren Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen, Havarien und Brände, Massenunfälle und Katastrophen mit größeren Produktionsausfällen, Sabotageakte, direkter Feindeinfluß und Provokationen, Vorkommnisse in FDGB-Einrichtungen wie die Verletzung der Kaderprinzipien, Einbrüche, Diebstähle und Unterschlagungen sowie besondere Vorkommnisse mit in der DDR beschäftigten ausländischen Werkträgern von den Betriebsgewerkschaftsleitungen sofort den FDGB-Kreisvorständen zu melden. Die Meldungen waren von dort an die FDGB-Bezirksvorstände weiterzuleiten, die schließlich die Abteilung Organisation zu unterrichten hatten.

Das Mißtrauen des Führungsapparates gegenüber den diesem langwierigen Instanzenweg innewohnenden Tendenzen zur Verdichtung, Verfälschung oder gar zur Verflüchtigung von Informationen – ironischerweise bestand gleichermaßen Furcht vor „Schwarzmalerei“ wie vor „Schönfärberei“ – war mit der Einrichtung einer Untersuchungsgruppe von 15 sogenannten Operativ-Instrukteuren in der Abteilung Organisation institutionalisiert worden.

Die von der Abteilung Organisation erstellten „Berichte über die Stimmung und Meinungen der Mitglieder“ zu aktuellen politischen Ereignissen sowie die „Berichte über besondere Vorkommnisse“ enthielten im Verteilerkopf in der Regel ein „X“, welches das Ministerium für Staatssicherheit bezeichnete, und wurden in einer eigens im Sekretariat der Abteilung Organisation des FDGB-Bundesvorstandes im Gebäude am Märkischen Ufer für das MfS eingerichteten Aktenablage deponiert, die von hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS regelmäßig geleert wurde.

Leider läuft mir die Zeit davon. Ich würde Ihnen gern einige Beispiele für diese Tätigkeit bringen; aber das können wir vielleicht in der Diskussion nachholen.

Ich komme zum Schluß, wobei ich auch noch einen Punkt auslassen muß, der die Mitarbeit des FDGB bei der sogenannten Zurückdrängung von Übersiedlungersuchen betrifft; das ist ein Unteraspekt dieser Kooperation mit dem MfS.

Durch die Errichtung großer Massenorganisation wie des FDGB, der FDJ, des Kulturbundes, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, politischer Institutionen wie der Nationalen Front und die Etablierung eines Blockparteien-Systems, deren gemeinsame Existenzvoraussetzung die Anerkennung des Führungsanspruchs der SED war, entlastete sich die SED bei der

politischen Führung des Landes, ohne Gefahr zu laufen, ihre Monopolstellung zu verlieren. Die gesellschaftlichen Organisationen wiesen jedoch unter diesen Bedingungen, den Bedingungen einer gesellschaftlichen Zwangshomogenisierung, könnte man sagen, einen großen Nachteil auf: Die soziale Kommunikation funktionierte nur von oben nach unten, ohne wirksame, authentische Mechanismen der Rückkoppelung. In der SED-Diktatur wurde diese Funktion der Vermittlung und Rückkoppelung vorhandener, auch gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen durch ein engmaschiges, mehrfach ausgelegtes Netz der inneren Kontrolle und Überwachung ersetzt. Bei der Verfeinerung dieses Netzes leisteten die Massenorganisationen der SED einen wichtigen Beitrag, wobei dem FDGB als größter Massenorganisation möglicherweise die bedeutendste Rolle zufiel.

Als die SED im Herbst 1989 ihre führende Rolle verlor, tuckerte der Motor aus, als dessen Transmissionsriemen sich der FDGB, seine Untergliederungen und Funktionäre stets verstanden hatten. Seine ungewerkschaftliche Tätigkeit und gewerkschaftliche Untätigkeit hatten den FDGB so umfassend diskreditiert, daß sich sein Zusammenbruch nahezu lautlos und sein Verschwinden unauffällig vollzog.

Schönen Dank (Beifall)

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD):** Danke schön, Herr Hertle, vor allem auch dafür, daß Sie sich von dem umfangreicheren Manuskript, das Sie hatten und das sicherlich auch der Veröffentlichung dienen wird, gelöst haben.

Ich möchte jetzt folgende geschäftsleitende Bemerkungen machen. Zunächst werde ich noch die Wortmeldungen aufnehmen. Nach der Einladung war für 11 Uhr eine Pause vorgesehen. Ich glaube, wir sollten die Zeit der Pause für eine Fragerunde nützen. Es haben sich ja eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen schon gemeldet. Gegen 11.30 Uhr findet dann ein Pressegespräch des Vorsitzenden und der Obleute im Nebenraum statt.

Bisher liegen mir Wortmeldungen vor von Herrn Meckel, Frau Fischer, Herrn Mitter, Herrn Gutzeit, Frau Barbe, Frau Dr. Wilms, Herrn Dehnel, Prof. Wilke, Herrn Fricke, Frau Michalk und Herrn Poppe. Dazu kommen jetzt Frau Wisniewski und Herr Weisskirchen.

Ich darf noch darum bitten, die Fragen möglichst kurz zu halten und zu sagen, ob sie an einen, an zwei oder an alle drei Referenten gerichtet sind. Bitte, Herr Meckel als erster.

**Abg. Meckel (SPD):** Ich bin sehr dankbar für diese Vorträge des heutigen Vormittags, die eine unterschiedliche Themenstellung hatten und deshalb natürlich von sehr unterschiedlicher Basis ausgegangen sind. Der erste und der dritte Vortragende hatten die Möglichkeit – und es damit leichter –, konkret mit Dokumenten umzugehen und sich auf Dokumente zu beziehen. Wenn man